

## **Landtagsfraktion Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 334.11 / 08.06.2011**

## **Neuregelung des Glücksspielstaatsvertrages: Landesregierung muss verhandlungsfähig bleiben!**

Anlässlich der anstehenden Verhandlungsrunde der Ministerpräsidenten zur Neuregelung des Glücksspiel-Staatsvertrages am kommenden Donnerstag erklärt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heinold**:

Die Bundesländer haben lange genug debattiert und gestritten – jetzt ist es Zeit, sich zu einigen. Wir hoffen auf die Vernunft und Kompromissbereitschaft aller Bundesländer. Deutschland braucht eine bundeseinheitliche, rechtskonforme Regelung des Glücksspiels mit einer klaren Verbesserung für den Jugend-, Sucht- und Spielerschutz. Wenn jeder über seinen Schatten springt, sollte das hinzubekommen sein.

Wir appellieren an die schwarz-gelbe Koalition, Ministerpräsident Carstensen mit einem echten Verhandlungsmandat auszustatten, anstatt starrhalsig an dem derzeitigen Isolationskurs Schleswig-Holsteins festzuhalten. Die Landesregierung muss bei der Glücksspielkonferenz verhandlungsfähig sein. Das setzt aber voraus, dass die sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP auch bereit sind, von ihren Maximalpositionen abzurücken.

Mängel hat nicht nur der Entwurf des Staatsvertrages, sondern auch der schwarz-gelbe Gesetzentwurf. An folgenden Stellen müssen CDU und FDP nachbessern:

- Bei der Auswahl der Ereignisse, auf die zukünftig gewettet werden darf, muss es eine strengere Kontrolle als bisher vorgesehen geben

- Ausländische Glücksspielanbieter dürfen nicht automatisch anerkannt werden, sondern müssen sich auf Grund von definierten Kriterien in Deutschland um eine Lizenz bewerben.
- Es muss verbindliche Regelungen geben, um die unkontrollierte Ausbreitung der Spielhallen wirksam einzudämmen.
- Vor Verabschiedung des Gesetzes muss sicher gestellt sein, dass die Art und Höhe der Besteuerung von terrestrischen und von Online-Angeboten EU-konform ausgestaltet sind.

Wir begrüßen es, dass sich CDU und FDP darauf verständigt haben, den schleswig-holsteinischen Gesetzentwurf nicht – wie ursprünglich geplant – bereits im Juni im Alleingang durch den Landtag zu peitschen. Damit signalisiert Schleswig-Holstein sein Interesse an einer gemeinsamen Lösung aller Bundesländer. Es ist jetzt Sache von Ministerpräsident Carstensen und seinen KollegInnen, diese gemeinsame Lösung zu finden.

\*\*\*